

1 In der Sitzung des SPD Arbeitskreises Wirtschaftspolitik (Wie wollen wir weiter
2 wirtschaften = W5) vom 25.04.2024 wurde der nachfolgende Antrag auf
3 der Diskussionsgrundlage des Literaturkreises zum Thema „Eine kurze Geschichte
4 der Gleichheit“ von Thomas Piketty zum Jahresunterbezirksparteitag der Frankfurter
5 SPD am 6.7.2024 einstimmig verabschiedet.

6
7 **Titel des Antrags: Thesen für das Bundestagswahlprogramm der SPD 2025:**

8
9 **Antragsteller: Arbeitskreis Wirtschaftspolitik (W5)**

10
11 **Adressat: SPD-Unterbezirksparteitag der Frankfurt SPD**

12
13 **Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert die Programmkommission der Bundes-SPD**
14 **auf, bei der Erstellung des SPD-Bundestagswahlprogramms 2025 folgende Thesen zu**
15 **berücksichtigen:**

- 16
17
- 18 1. **Klimapolitik ist Wirtschafts- und Verteilungspolitik.** Das bestehende
19 Wirtschaftsmodell passt nicht mehr zum Zustand unserer Welt. Die Klimakrise birgt
20 große Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine Steuerung der weiteren
21 Entwicklung allein über Marktanreize und Preise funktioniert nicht. Die Bepreisung von
22 Emissionen ist lediglich ein Lösungsansatz von vielen.
 - 23
24 2. **Die Transformation unserer heutigen konsumorientierten Wirtschaft** hin zu einer
25 neuen, klimaneutralen Kreislaufwirtschaft muss **sowohl national als auch auf**
26 **internationaler Ebene verfolgt werden.** Global müssen die Produzenten der
27 klimaschädlichen Energien Anreize erhalten, diese Ressourcen nicht weiter
28 auszubeuten. Nur über eine Reduzierung der Nachfrage auf nationaler Ebene wird der
29 Wandel nicht zu erreichen sein.
 - 30
31 3. Das derzeitige Wachstumsmodell ist nicht mehr haltbar. **Wir benötigen ein qualitatives**
32 **Wirtschaftswachstum in Richtung klimafreundlicher Kreislaufwirtschaft.** Die
33 internationale Arbeitsteilung muss anders gestaltet werden und die Lieferketten sind zu
34 regulieren. Auf Arbeitsbedingungen, soziale und ökologische Folgen in den
35 Herstellungsländern ist Einfluss zu nehmen.
 - 36
37 4. **Die gesellschaftliche Daseinsvorsorge ist grundsätzlich der Marktlogik zu**
38 **entziehen.** Dabei ist systemrelevante Infrastruktur zu verstaatlichen oder zielgerichtet zu
39 regulieren. Es ist eine Industrie-Strukturpolitik zu entwickeln, die den Markt mitgestaltet
40 und dem Staat eine aktive Rolle zuschreibt. Dabei sind Wertschöpfungsketten und
41 Geschäftsfelder zu regulieren, die wirtschaftlich und strategisch systemrelevant sind, um
42 ggf. die Herstellung in der EU zu halten und Abhängigkeiten zu vermeiden.
 - 43
44 5. **Regionale Netzwerke mit Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen sollen diese**
45 **Transformationsprozesse gestalten,** wobei neue Formen von Eigentum und
46 Mitwirkung zu entwickeln sind, z.B. im Bereich des Gesellschafts- und im
47 Mitbestimmungsrecht oder im Genossenschaftswesen.
 - 48

- 49 6. **Chancengleichheit im Bildungswesen endlich verwirklichen!**
50 27 von 100 Nichtakademikerkindern beginnen mit einem Studium, elf von 100
51 Nichtakademikerkindern erwerben den Mastertitel, zwei den Dokortitel. 79 von 100
52 Akademikerkindern beginnen mit einem Studium, 43 von 100 Akademikerkindern
53 erwerben den Mastertitel, sechs den Dokortitel. Die Folge: Der Anteil der Kinder aus
54 Nichtakademikerhaushalten an allen Studierenden liegt bei nur 48 Prozent. An
55 Schulen machen Nichtakademikerkinder aber 71 Prozent der Kinder aus.¹ Seit 2011
56 stagniert die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss auf einem hohen Niveau
57 von mehr als sechs Prozent (2021: 47.500 junge Menschen).² Dieser eklatanten
58 Chancenungleichheit muss durch eine gezielte Förderung im Vorschul- und
59 Grundschulbereich sowie erhöhten Bafög-Sätzen entgegengetreten werden.
60 Akademische und nicht-akademische Ausbildung sind gleichrangig zu
61 berücksichtigen. Über den Erfolg dieser zu koordinierenden Bildungspolitik auf
62 Bundes- und Länderebene ist jährlich zu berichten.
63
64 7. **Es ist eine CO2-Berichterstattung für alle industriellen Produktionsprozesse zu**
65 **implementieren**, wobei Unternehmen, die wichtige Klimaziele verfehlen, mit
66 wirtschaftlichen und steuerlichen Nachteilen zu rechnen haben. Die CO2-Bilanz ist
67 verpflichtend und muss offengelegt werden.
68
69 8. **Der Finanzierungsbedarf ist erheblich und wird aktuell unterschätzt**, stellt aber
70 keine Unmöglichkeit dar. McKinsey (2022) geht davon aus, dass 7,5 Prozent des
71 globalen BIP jährlich bis 2050 an privaten und öffentlichen Investitionen notwendig
72 sind, um die Klimaziele zu erreichen.³ Der öffentliche Finanzierungsbedarf in
73 Deutschland wird von "Agora Energiewende" auf 460 Mrd. Euro für die Jahre 2021
74 bis 2030 geschätzt (Bundesinvestitionen 90 Mrd. Euro, Kommunale Investitionen 170
75 Mrd. Euro und Förderung privater Investitionen 200 Mrd. Euro). Dies sind 46 Mrd.
76 Euro pro Jahr.⁴ Notwendig ist eine aktive Finanzpolitik.
77
78 9. **Der soziale Ausgleich ist durch Umverteilung (global, regional und national)**
79 **über die Einführung eines Klimagelds zu gestalten**. Steuerhinterziehungen, die
80 nach Schätzungen aus dem Jahr 2015 allein in Deutschland 125,1 Mrd. Euro
81 betrugen⁵, sind effektiv zu bekämpfen. Das Personal der Finanzbeamten in den
82 Ländern, beim Zoll und beim Bundeszentralamt für Steuern ist deutlich zu erhöhen.⁶
83 Die Vermögenssteuer ist wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer ist zu erhöhen.
84 Kapitalerträge sind der vollen Einkommensteuer zu unterwerfen und
85 sozialversicherungspflichtig zu machen. Das in Deutschland geltende

¹ https://www.hochschulbildungsreport.de/sites/hsbr/files/hochschul-bildungs-report_executive_summary_2022.pdf, Seite 7/8

² <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/maerz/anteil-der-jugendlichen-ohne-schulabschluss-seit-zehn-jahren-auf-hohem-niveau>

³ McKinsey 2022: The net-zero transition: What it would cost, what it could bring by McKinsey, January 2022, page 13; <https://www.mckinsey.com/capabilities/sustainability/our-insights/the-net-zero-transition-what-it-would-cost-what-it-could-bring>

⁴ AGORA-Energiewende: <https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/oeffentliche-finanzbedarfe-fuer-klimainvestitionen-2021-2030/>

⁵ <https://de.statista.com/infografik/16785/hoehe-der-hinterzogenen-steuern-in-den-eu-staaten/>

⁶ Vgl. hierzu https://www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/03/JB2024_Online_240307.pdf, Seite 62-75

86 Welteinkommensprinzip für unbeschränkt Steuerpflichtige (Steuerinländer) ist auf
87 eine wohnsitzunabhängige Steuerpflicht aller deutschen Staatsangehörigen – analog
88 zur USA – auszuweiten. Auf globaler Ebene benötigt es globale Investitionsfonds für
89 den Klimawandel und eine Unternehmens-Mindestbesteuerung.

90
91 10. **Die Einnahmenseite der Staaten ist weltweit** durch höhere Mindeststeuersätze bei
92 der Körperschaftsteuer sowie höherer Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer
93 bei abgeflachtem Progressionsverlauf **zu verbessern**. Die Gestaltung der
94 Steuersätze für hohe Einkommen und Vermögen muss nicht nur nominell, sondern
95 auch de facto progressiv sein. Hierüber sollte jährlich berichtet werden.

96
97 11. Entsprechend dem **Artikel 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der**
98 **politischen Willensbildung des Volkes mit**. Durch die private Finanzierung von
99 Medien, Thinktanks und anderen meinungsbildenden Organen wird dieser
100 grundgesetzliche Auftrag gefährdet.⁷ Mit Großspenden an Parteien und Kandidaten
101 steigt auch die private Einflussnahme auf die innerparteiliche Willensbildung.
102 **Parteispenden und Sponsoring sollten auf einen Höchstbetrag von 50.000 EUR**
103 **pro Person und Jahr begrenzt werden. Die Namen von Spendern sollten**
104 **unmittelbar ab 10.000 EUR auf der Homepage des Bundestages und die Namen**
105 **von Spendern ab 2.000 EUR pro Jahr in den Rechenschaftsberichten der**
106 **Parteien genannt werden. Desgleichen soll auch für Sponsoring gelten.**⁸
107 **Spenden und Sponsoring sollten direkt an die jeweilige Partei gehen und nicht**
108 **an Kandidatinnen und Kandidaten.**

⁷ Vgl. Seite 124, Thomas Piketty: Eine kurze Geschichte der Gleichheit, München 2022

⁸Vgl. https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Bilder/Stellungnahmen_PMs_und_Meldungen/2022/Positionspapier_Parteienfinanzierung_Transparency_Deutschland_22-06-24.pdf